

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH

Die **ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH** ist eine Kommunikationsagentur, die sich in den Bereichen Design, Event, Kampagne, Podcast, Text, Vermarktung /Sponsoring und Video betätigt. Die Agentur arbeitet u.a. für die [SPD](#), Gewerkschaften, Stiftungen und Institute. Die Kunden sind [hier](#) abrufbar. Partner ist die Agentur [Pahnke](#). Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Deutschen Druck- Verlagsgesellschaft mbH, einer Medienbeteiligungsgesellschaft der SPD^[1], deren vielfältige Beteiligungen [hier](#) abrufbar sind.

Bis 2017 firmierte die Agentur unter **Network Media GmbH (NWMD)**. In dieser Zeit bot sie als Partei-Unternehmen auch "Politische Beratung" an und präsentierte sich damit wie ein Lobby-Dienstleister. Dazu schrieb sie auf ihrer Webseite: „Wir haben ein Netzwerk. Und wir nutzen es. Wir öffnen Türen - und bringen Menschen zusammen, die sich etwas zu sagen haben.“^[2] Das ZDF-Magazin Frontal21 fand heraus, dass Unternehmen und Lobbygruppen über die NWMD gegen Zahlung von 3000 bis 7000 Euro Treffen mit SPD-Ministern, Staatssekretären und Parteifunktionären buchen können.^[3]

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH

| | |
|--------------------------|---|
| Rechtsform | GmbH |
| Tätigkeitsbereich | Kommunikationsagentur |
| h | |
| Gründungsdatum | 2007 |
| m | |
| Hauptsitz | Bülowsstraße 66, 10783 Berlin |
| Lobbybüro | |
| Lobbybüro EU | |
| Webadresse | https://www.ask-berlin.de |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|---|
| 1 Fallbeispiele und Kritik | 1 |
| 1.1 Gesponsorte Treffen mit SPD-Politikern | 1 |
| 2 Weiterführende Informationen | 2 |
| 3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus | 2 |
| 4 Einzelnachweise | 2 |

Fallbeispiele und Kritik

Gesponsorte Treffen mit SPD-Politikern

Nach Recherchen des ZDF-Magazins Frontal 21 bot die SPD-Tochterfirma bis 2016 Treffen mit SPD-Ministern, Staatssekretären und Parteifunktionären gegen Geldzahlungen an.^[3] Unternehmen und Lobbygruppen konnten gegen Zahlung von 3000 bis 7000 Euro an den sogenannten „vorwärts-Gesprächen“ teilnehmen. Frontal21 liegen dafür Angebote und ein Kostenvoranschlag vor. Laut Frontal21 nahmen Bundesjustizminister Heiko Maas, Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann, SPD-Generalsekretärin Katarina Barley, der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Matthias Machnig und der SPD-Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil an „vorwärts-Gesprächen“ teil.

Die SPD-Agentur NWMD bestätigte dem ZDF, dass gesponserte Gespräche mit SPD-Spitzenpolitikern stattgefunden haben. Die genaue Anzahl nannte die Agentur nicht. Der ZDF zitiert ein Schreiben der Agentur, dass es in den vergangenen fünf Jahren im Schnitt „weniger als 10 Gespräche dieser Art pro Jahr gegeben hätte. Die Agentur erklärte weiter: „Weder der vorwärts noch NWMD 'verkaufen' Gesprächstermine mit Entscheidern gegen Geld. NWMD versucht, Partner zu finden, die jene Kosten tragen, die mit einer solchen Veranstaltung verbunden sind.“^[3] In einer ersten eigenen Stellungnahme behauptete NWMD, dass der Vorabbericht von Frontal 21 wesentliche Fakten ausblende.^[4]

Frontal21 berichtete von einem „vorwärts-Gespräch“ mit Justizminister Heiko Maas im Oktober 2016. Sponsor dieses Treffens zum Thema „Datenschutz in der digitalen Welt“ sei die niederländische Bank Ing-Diba gewesen. Maas habe erklärt, er habe von dem Sponsoring nichts gewusst. Ing-Diba nannte als Zweck des Treffens ein Kennenlernen.

Parteisponsoring-Debatte 2010

Der Spiegel berichtete bereits 2010 über Kamin-Abende mit SPD-Politikern bei der SPD-Parteizeitung vorwärts und dass Anzeigen im "Vorwärts" und Sponsoring von Veranstaltungen den Weg zu Spitzenpolitikern der SPD ebne.^[5] Damals sorgte zudem die „Rent-a-Rüttgers“-Affäre für großes Aufsehen. Die nordrhein-westfälische CDU hatte damals Gesprächs- und Fototermine mit dem damaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers an zahlungskräftige Sponsoren verkauft.^[6] Obwohl auch Angela Merkel und Norbert Lammert damals die CDU in NRW kritisierten, hat die Union seitdem keine gesetzliche Neuregelungen des Parteisponsoring vorangebracht.

Aus Sicht von LobbyControl haben die Fälle ihren Ursprung im lückenhaften Parteiengesetz. Insbesondere das [Parteisponsoring](#) ist ein Schlupfloch für intransparente Geldflüsse an Parteien. Dieser Missstand ist seit Jahren bekannt. Trotzdem blockieren Union und SPD Transparenz und klare Regeln in diesem Bereich. Das ist der eigentliche Skandal im Skandal. LobbyControl fordert ein Verbot der käuflichen Kontaktvermittlung für Parteien, auch über parteieigene Firmen oder assoziierte Vereine, die Offenlegung von Parteisponsoring und generell Transparenz auch für Organisationen Unternehmen, die Spenden oder Sponsorgeld einnehmen, um Veranstaltungen oder Werbemaßnahmen zugunsten einer Partei durchzuführen.^[7]

Weiterführende Informationen

- Hintergründe zu [Parteienfinanzierung](#) und [Parteisponsoring](#)
- Zur Debatte um die Regeln für die Parteienfinanzierung siehe auch den [Lobbyreport 2015](#) (pdf) von LobbyControl und den [Lobbyreport 2013](#) (pdf, damals ausführlicher zum Rent-a-Rüttgers-Fall und der nachfolgenden Untätigkeit der Parteien).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Handelsregister-Eintrag beim Amtsgericht Charlottenburg vom 24.02.2022
2. ↑ [Was wir tun](#), NWMD-Webseite, abgerufen am 22.11.2016

3. ↑ ^{3,03,13,2} [Gesponserte Treffen mit SPD-Politikern](#), heute.de vom 22.11.2016, abgerufen am 22.11.2016
4. ↑ [Pressemitteilung zur heutigen Vorberichterstattung des ZDF-Magazins Frontal 21](#), NWMD-Webseite vom 22.11.2016, abgerufen am 22.11.2016
5. ↑ [Auch SPD-Politiker werden vermarktet](#). Spiegel Online vom 23.02.2010, zuletzt abgerufen am 18.11.2016
6. ↑ [Angebot an Sponsoren: NRW-CDU verkauft Gesprächstermine mit Rüttgers](#), Spiegel Online vom 20.02.2010, abgerufen am 24.04.2014
7. ↑ [SPD-Sponsoringskandal: Miet' Dir einen Minister](#), LobbyControl-Webseite vom 22.11.2016, abgerufen am 22.11.2016